

Antrag

der Abgeordneten Tilo Braune, Dr. Edelbert Richter, Wolfgang Thierse, Dr. Peter Glotz, Wolfgang Behrendt, Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Wolf-Michael Catenhusen, Christel Deichmann, Peter Enders, Lothar Fischer (Homburg), Iris Follak, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Wolfgang Ilte, Renate Jäger, Sabine Kaspereit, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Werner Labsch, Dr. Christine Lucyga, Christoph Matschie, Markus Meckel, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Gerhard Neumann (Gotha), Doris Odendahl, Albrecht Papenroth, Günter Rixe, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Heinz Schmitt (Berg), Dr. Mathias Schubert, Richard Schuhmann (Delitzsch), Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Dr. Bodo Teichmann, Dr. Gerald Thalheim, Franz Thönnies, Siegfried Vergin, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Neue Akzente bei der Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Fünf Jahre nach der deutschen Einheit befinden sich die FuE-intensiven und exportorientierten Zweige der Industrie Ostdeutschlands in einer dramatischen Situation. Diese ist durch unzureichende Wachstumsraten, schwache Marktpositionen und nicht ausreichende Kapitalausstattung gekennzeichnet.

Die strukturellen Veränderungen haben in der ostdeutschen Wirtschaft zum Abbau von über 85 % der ehemaligen Industrieforschungskapazitäten geführt, bei einem überproportionalen Abbau der industrienahen FuE-Kapazitäten. Der unternehmensfinanzierte und öffentlich geforderte Neuaufbau von FuE-Kapazitäten hat diese Lücke keinesfalls schließen können. In Ostdeutschland werden nur etwa 4 % der gesamtdeutschen privatwirtschaftlichen FuE-Aufwendungen aufgebracht. Die Anzahl der in der Industrieforschung Beschäftigten müßte verdreifacht werden, sollte es zu einer Relation von Industrieforschern zur Bevölkerung kommen wie in den westlichen Bundesländern.

Viele Förderprogramme für FuE (Forschung und Entwicklung) in Ostdeutschland sind ausgelaufen oder laufen 1996 aus. Für die auslaufenden bzw. ausgelaufenen Programme „Technologieorientierte Unternehmensgründung“, „Auftragsforschung Ost“ und

„Personalzuwachsförderung“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) sowie das Programm „Innovationsförderung“ des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) muß zumindest ein angepaßter Ersatz geschaffen werden. Gesamtdeutsche Programme, wie die „Maßnahmen Forschungsk Kooperation“ des BMBF und „Industrielle Gemeinschaftsforschung“ des BMWi, sollen Sonderkonditionen für die neuen Bundesländer enthalten.

Die allgemeine Investitionsförderung (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) und die Investitionszulage haben dazu beigetragen, die Unternehmen zu modernisieren. Jetzt kommt es darauf an, gezielt FuE-intensive Innovationen zu fördern. Dazu sollen die Investitionszuschüsse an konkrete Innovationsvorhaben der Unternehmen gebunden werden: Unternehmen, die in Ostdeutschland neue FuE-Kapazitäten errichten, sollen Sonderabschreibungen erhalten.

Wichtig ist die Unterstützung von gemeinnützigen Forschungseinrichtungen mit überregionalem, gesamtdeutschem und auch internationalem Wirkungsbereich. Ihre Förderung trägt dazu bei, in den neuen Ländern eine wirtschaftsnahe Forschungslandschaft entstehen zu lassen, wie sie sich auch in Westdeutschland erst in Jahrzehnten mit umfangreicher öffentlicher Förderung herausgebildet hat. Das Programm MVI („Marktvorbereitende Industrieforschung“) zur Sicherung der gegenwärtigen FuE-Kapazitäten soll mittelfristig fortgeführt werden.

Projekte, die sich auf regionale Entwicklungskonzepte beziehen, sollen vorrangig gefördert werden. Dies bedeutet mehr Kompetenzen für die Region und entlastet Bund und Länder.

Forschungsförderung muß sich stärker der Förderung von regionalen Netzwerken zwischen den Unternehmen widmen, indem sie gezielte Anreize für solche Zusammenarbeit schafft. Dabei sind Verbundprojekte, die forschende Unternehmen verschiedener Branchen verbinden, besonders zu fördern. Sektorale oder regionale Kooperationen zwischen Unternehmen bei der Forschung oder bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen bis hin zur Markteinführung sind zu unterstützen.

Ostdeutsche Forschungsinstitute und innovative Unternehmen finden in ihrer Region oft keine Großunternehmen vor, mit denen sie zusammenarbeiten können. Die Förderung der Auftragsforschung West/Ost und der Forschungsk Kooperation West/Ost ist ein notwendiges Instrument, um diesen Standortnachteil auszugleichen.

II. Der Deutsche Bundestag hält es deshalb für erforderlich,

mit einem Bündel von Maßnahmen den notwendigen Aufbau der Industrieforschung in den ostdeutschen Ländern weiter zu fördern:

1. Das Auslaufen vieler Forschungsförderprogramme für die neuen Bundesländer darf nicht dazu führen, daß die Hilfen in diesem Bereich gekürzt werden. Neue und besser angepaßte Maßnahmen müssen unmittelbar folgen.

2. Der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente muß auch für Forschung und Entwicklung möglich sein, bevorzugt dann, wenn dadurch die Schaffung ungeförderter Forschungsarbeitsplätze angeregt wird.
3. Unternehmen, die in den neuen Ländern FuE-Kapazitäten einrichten, sollen dafür Sonderabschreibungen erhalten.
4. Vorhandene Förderprogramme sollen auf gemeinnützige Forschungseinrichtungen erweitert werden.
5. Forschungsvorhaben, die auf regionale Entwicklungskonzepte Bezug nehmen, sollen einen 10%igen Bonus erhalten.
6. Um Synergieeffekte zu erreichen, sollen regionale FuE-Netzwerke zwischen Unternehmen gefördert werden.
7. Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen ost- und westdeutschen Firmen bzw. Instituten, wie sie in den Programmen „Auftragsforschung West/Ost“ und „Forschungsk Kooperation“ erreicht wird, ist fortzusetzen und zu verstärken.
8. Die beabsichtigte Aufstockung der Fördermittel für die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) soll nicht durch Umschichtung im BMWi zu Lasten spezifischer Programme für die Forschungsförderung in den neuen Bundesländern (z.B. „Marktverbreitende Industrieforschung“ oder „Personalförderung Ost“) erfolgen.
9. Das Netz der Technologietransferzentren muß in seiner Leistungsfähigkeit erhaltenbleiben.

Bonn, den 19. Juni 1996

Tilo Braune
Dr. Edelbert Richter
Wolfgang Thierse
Dr. Peter Glotz
Wolfgang Behrendt
Dr. Eberhard Brecht
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Wolf-Michael Catenhusen
Christel Deichmann
Peter Enders
Lothar Fischer (Homburg)
Iris Follak
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Sabine Kaspereit
Dr. Hans-Hinrich Knaape

Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Christine Kurzhals
Werner Labsch
Dr. Christine Lucyga
Christoph Matschie
Markus Meckel
Herbert Meißner
Christian Müller (Zittau)
Gerhard Neumann (Gotha)
Doris Odendahl
Albrecht Papenroth
Günter Rixe
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Siegfried Scheffler
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. Mathias Schubert
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Brigitte Schulte (Hameln)

**Ilse Schumann
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Dr. Bodo Teichmann**

**Dr. Gerald Thalheim
Franz Thönnies
Siegfried Vergin
Reinhard Weis (Stendal)
Gunter Weißgerber
Rudolf Scharping und Fraktion**